

2. / VII. 1917.

## Die Parteikämpfe in Oesterreich.

Wien, 6. Juni. (Priv.-Tel.) Die üblen Vorzeichen der Parlamentsöffnung haben wieder nicht betrogen. Die so sehnlichst erwartete gedeihliche Arbeit ist schon wieder in Frage gestellt. Schuld daran tragen die Slawen, die im Parlament nicht einmal die kleinen Opfer bringen wollten, die sie in der Geschäftsordnungskommission im Austausch der Zugeständnisse der Deutschen schon gebracht haben. Es handelt sich um die Frage der Protokollierung nichtdeutscher Reden, deren Annahme die Einführung der dringend notwendigen deutschen Geschäftssprache für alle Zeit bereitete. Im Geschäftsordnungsausschuss war ein Antrag des Abgeordneten Seih angenommen worden, der den Slawen die Zustimmung zu der einheitlichen Parlamentssprache immerhin erleichtert hätte. Im Plenum aber stehen die Slawen geschlossen für den ursprünglichen Antrag des Abgeordneten Franta, wonach alle Reden, wie sie gehalten werden, in das Protokoll aufgenommen werden müssen. Es war von vornherein klar, daß es dabei zu einer Art Abstimmung, gewissermaßen zu einer Probe auf den Bestand des Hauses kommen werde. Die Polen aber, die heute schon mit einem Fuße außerhalb des Hauses stehen, haben mit den Slawen gestimmt und diesen dadurch zu einer Majorität verholfen, wie um zu beweisen, daß Oesterreich wirklich nicht parlamentarisch regiert werden kann, solange die Galizianer im Parlament sitzen. Nach diesem Bruche des Abkommens erklärten die Deutschen, daß sie jede Verantwortung für die etwaigen Konsequenzen ablehnen müßten.

Es wird zur Stunde noch an einem Kompromiß gearbeitet, aber es scheint vorläufig wenig hoffnungsvoll schon aus dem Grunde, weil hinter der Haltung der Slawen auch die Absicht steht, das Kabinett zu stürzen, das die Verantwortung für den Aufschub des kaiserlichen Verfassungseides trägt. Die Slawen sind entschlossen, die Annahme der bekannten Verfassungsänderung sowohl im Parlament zu verhindern, als auch ihre Oktroyierung unmöglich zu machen. Und da sie glauben, daß das Kabinett sich auf deren Durchführung verpflichtet habe, wollen sie es stürzen. In diesem Parlament ist wohl das Oesterreich zu finden, das sich auf Grund einer langen, gegen seine Lebensmöglichkeit gerichteten Entwicklung herausgebildet hat, aber nicht das Oesterreich, das in Mitteleuropa existieren kann. So schmerzlich auch dieser Krieg für jeden freiheitlich Gesinnten ist, es geht wieder wie zu Zeiten Grillparzers, der zur Armee sagte: „In Deinem Lager ist Oesterreich.“

## Die Debatte über die Geschäftsordnungsreform.

Wien, 5. Juni. (B. V.) Das Abgeordnetenhaus erledigte die zweite Lesung der Geschäftsordnungsreform. Fast sämtliche Redner betonten die Notwendigkeit der Reform im Interesse der Sicherung des österreichischen Parlamentarismus. Nur die Ruthenen Nomanzut und Lewicki bedauerten die Ausmerzung der Obstruktion, welche Schutz gegen nationale Vergewaltigung biete. Einen breiten Raum in der Verhandlung nahm die Protokollierung der im Abgeordnetenhaus gehaltenen nichtdeutschen Reden ein, eine Forderung, die von den slavischen Rednern vertreten wurde. Der deutsche Sozialdemokrat Seih erklärte, es sei heute unmöglich, alle in nichtdeutscher Sprache im Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden ohne weiteres dem Protokoll einzuberleihen. Ein von dem Tschechen Franta gestellter Antrag, nach dem alle Reden wortgetreu in der Sprache, in der sie gehalten wurden, in das Protokoll aufzunehmen sind, wurde in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 185 Stimmen angenommen.

Beim Sitzungsausgang protestierten Stanek und Seih dagegen, daß ein Offizier des Kriegsministeriums und ein Beamter des Ministeriums des Äußern die Reden der Abgeordneten zensurierten. Der Präsident gab seine Zustimmung dazu, daß niemandem außerhalb des Hauses das Recht zustehe, die im Hause gehaltenen Reden zu kontrollieren und zu zensurieren. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Händeklatschen.) Mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse und die außerpolitischen Verhältnisse erscheine es notwendig, von Seiten des Präsidiums vorzusehen, daß nicht Nachrichten in die Presse gelangen, die das Land schädigen könnten. Die betreffenden Beamten seien hoch Weiräte des Präsidiums und sie hätten in keiner Weise irgendeine Entscheidung zu treffen, sondern lediglich eine beratende Stellung. Er werde die Rechte des Hauses gegen jeden Eingriff unbedingt wahren. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) — Am Schlusse der Sitzung wurde der Präsident ermächtigt, ein Telegramm an den Kommandanten der Honzgarnee, den Generalobersten Porocvic, anlässlich des Sieges bei Camiano zu richten.

Im Einkaufe befindet sich eine Regierungsvorlage betr. die Zulassung der Abgeordneten Kocmar, Rajin, Chor, Kojna, Bur, Post und Ostrowsky zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses sowie ein Antrag Korocvic betr. Freilassung Stankers und seine Zulassung zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses, ferner eine Interpellation Hellinger betr. Wahrung der österreichischen Rechte am Sueskanal, eines Ausdrucks zur Behandlung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn und die Aufforderung an die Regierung, in diesem Anknüpfe über die Verhandlungen der beiderseitigen Regierungen über den Ausgleich, ferner über den Stand der Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche bezüglich der künftigen Handels-, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Mittel- mächtige Aufklärung zu geben.